

## Das Defizit im Wiener Stadthaushalt und seine Bekämpfung.

### Forderung nach Reichsummittelbarkeit Wiens.

Unter dem Vorjize des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner fand, wie aus dem Rathause gemeldet wird, heute eine Konferenz der Obmänner der Gemeinderatsparteien statt, in welcher die bereits bekannten Anträge des Stadtrates über die Zuwendung einer einmaligen Aushilfe und über Lohnerhöhungen für die Bediensteten der städtischen Straßenbahnen zur Kenntnis genommen wurden. Hieran knüpfte sich eine längere Debatte über die Bedeckung der hiedurch bedingten Mehrauslagen, an welcher sich sämtliche Mitglieder der Konferenz beteiligten.

Im Bürgerklub berichtete der Bürgermeister über die an die Bediensteten der städtischen Straßenbahnen zu gewährenden Aushilfen und Lohnerhöhungen. Direktor Spängler begründete die gestellten Anträge und erwähnte hierbei besonders, daß bezüglich der Unterbeamten die Vorarbeiten noch nicht fertiggestellt seien, daß aber schon in den nächsten Tagen eine eigene Vorlage dem Gemeinderate unterbreitet werden soll. Die Anträge des Stadtrates wurden einstimmig angenommen.

Der Budgetreferent berichtete über die morgen dem Gemeinderat vorzulegenden Anträge hinsichtlich der Erhebung der Gemeindefürsorgezuschläge zu den direkten Steuern im Verwaltungsjahre 1917/18 und der Vorkehrung wegen Fortbestehens von befristeten Einnahmequellen der Gemeinde Wien. Auch diesen Anträgen wurde zugestimmt.

### Gehalts- und Lohnaufbesserungen für 120 Millionen Kronen.

Zu diesen amtlichen Mitteilungen erfahren wir: Die Obmännerkonferenz ist nach langer Debatte über die Bedeckung der für die Erhöhung der Bezüge der Straßenbahnen notwendigen 82 Millionen Kronen auseinandergegangen, ohne einen Beschluß zu fassen. Es lagen Berechnungen vor, daß für die eventuell notwendig werdende Erhöhung der Gehalte und Löhne der Lehrer, städtischen Beamten und Pensionisten sowie der Beamten und Bediensteten der städtischen Unternehmungen eine Summe von 120 Millionen Kronen notwendig werden würde, was 30 Prozent des kommunalen Budgets gleichkommt. Als der Magistrat vor kurzem dem Stadtrat den Hauptvoranschlag für 1917/18 mit einem Defizit von rund 25 Millionen Kronen vorlegte und beantragte, 15 Millionen zur Deckung den Kassenbeständen zu entnehmen und den Rest durch Erhöhung der Straßenbahntarife und der Preise für Gas und elektrischen Strom aufzubringen, waren darin die Lohnerhöhungen für die Straßenbahner, die erst später gefordert und bewilligt wurden, nicht inbegriffen. Diesen Ansprüchen auf Regulierung der Bezüge werden zweifelsohne andere folgen: Die Beamten, die Lehrerschaft, die Pensionisten und die Angestellten der kommunalen Betriebe.

Vom Gemeinderate wird morgen zur Befriedigung der Ansprüche der Straßenbahner ein Kredit von 82 Millionen Kronen angefordert werden. Die vorerwähnten Steigerungen von Abgaben reichen zur Deckung dieses Kredits nicht aus.

### Vorschläge zur Bedeckung.

In der Obmännerkonferenz überwog deshalb heute die Ansicht:

1. Die Unterbeamten der städtischen Straßenbahnen zunächst von der Lohnregulierung auszunehmen und diese auf die Wagenführer, die Schaffner und die Schaffnerinnen und auf das Werkstättenpersonal zu beschränken.

### Weiterreichende Erhöhung der Straßenbahntarife.

2. Da die beabsichtigte Einführung des einheitlichen Straßenbahntarifes von 20 H. und die Erhöhung der Frühverkehrs- und der Kinderkarten um je 2 H. nicht ausreicht, die bestehenden Straßenbahntarife um je zwei oder vier Heller zu erhöhen, also Karten zu 18 oder 20 H., zu 24 oder 26 H. und zu 32 oder 34 H. einzuführen.

3. Falls eine allgemeine Gagen- und Lohnerhöhung bewilligt wird, die Erschließung neuer Einnahmequellen neben der Erhöhung der Preise für Gas und elektrischen Strom und der Gebühren für den Wertzuwachs an Liegenschaften, sowie der Verdoppelung des städtischen Zuschlages zur Lotteriesteuer zu suchen.

### Die Reichsummittelbarkeit Wiens.

4. In Erwägung zu ziehen, ob nicht die Reichsummittelbarkeit Wiens, die Loslösung der Gemeinde Wien von der Finanzgebarung

des Landes Niederösterreich anzustreben ist, wodurch die Steuerkraft der Reichshauptstadt ausschließlich für Wien reserviert und ein Betrag von dreißig bis vierzig Millionen für das Wiener Budget frei würde.

5. Von einer allgemeinen Erhöhung der Umlagen unbedingt abzusehen.

Ein Beschluß wurde, wie gesagt, nicht gefaßt. Die weit-ausgreifenden finanziellen Fragen werden wohl in einem Zusammenhang mit der Reform des Gemeindestatuts und mit der Abänderung der Gemeindevahlordnung kommen. Die Reichsummittelbarkeit Wiens löst die Christlichsozialen der Reichshauptstadt von ihren Parteigenossen auf dem flachen Lande los, eine Gemeinschaft, die viel zu lange zugunsten der agrarischen Interessen in die Waagschale fiel.